



Haushaltsrede Bündnis 90, Die Grünen (Fraktion im Rat der Stadt Rheine)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte kommunale Wahlbeamte und Mitglieder der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Gäste und natürlich auch ein herzliches Willkommen von mir an die Pressevertreter.
Ja, nach der Entwicklung in der Türkei freue ich mich immer, wenn ich Pressevertreter treffe, die ihre Meinung noch frei zu Papier bringen können.

Ein großer Reformator (Luther), dem wir letztes Jahr einen Feiertag mehr zu verdanken hatten, soll angeblich gesagt haben: "Hier stehe ich, weil ich nicht anders kann."

Ich sage:

"So schnell geht es. Gerade zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, schon muss man eine Haushaltsrede halten."

Natürlich sollte die erste Rede nicht ganz so schlecht sein und was macht man in diesem Falle?
Man fragt Mr. Google und seit neuesten ja auch Alexa.

Ich muss aber gestehen, eine große Hilfe waren sie mir nicht.
Den Leitfaden für eine "Kommunale Haushaltsrede" scheint noch niemand veröffentlicht zu haben.
Hier bitte ich die alten Haudegen unter den Haushaltsrednern doch mal zu überlegen, ob sie da nicht Abhilfe schaffen wollen.

Da dies meine erste Haushaltsrede ist, bitte ich um Nachsicht, falls sie oder Ihr eine andere Einschätzung der Dinge haben oder habt.

Als dritter Redner habe ich den Vorteil, dass ich das Ganze, in diesem Falle erfreuliche Zahlenwerk, nicht mehr wiederholen muss. Ich beschränke mich deshalb auf einige wenige Zahlen.

Festgestellt habe ich, dass die meisten Haushaltsreden mit klugen Sprüchen von bekannten Menschen oder mit Volksweisheiten beginnen.

Und so beginne ich natürlich auch.

"Was lange währt, wird endlich gut."

Ja, so scheint es. Aber dieser Haushalt ist aus meiner Sicht positiv, weil sich die gesamte Wirtschaftssituation in Deutschland stark verbessert hat und erfreulicher Weise auch in Rheine. Erstmalig über einhundert Millionen Euro Steuereinnahmen und Abgaben in unserer Kommune und volle Auftragsbücher in Wirtschaft und Handwerk erwecken wirklich Hoffnung auch in den nächsten Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu bekommen und so hat es der Bürgermeister und der Kämmerer ja auch der Politik in ihren Haushaltseinbringungen am 26. Sept. 2017 erklärt und so ist es im Haushaltsplanentwurf ja auch ausgewiesen.

Die seinerzeitige Erhöhung der Grundsteuern im Jahr 2015 hat dafür gesorgt, dass wir als Kommune handlungsfähig geblieben sind und so positive Voraussetzungen schaffen konnten, von

der die Stadt jetzt noch profitiert.

Die Ankündigung des Bürgermeisters die Grundsteuern B jetzt wieder im Jahr 2020 und 2021 senken zu wollen ist mutig und ehrbar, aber die Ankündigung war aus unserer Sicht noch ein wenig verfrüht.

Natürlich ist es gut für den Bürger, wenn man nicht nur beim Hebesatz unter dem Durchschnitt liegt, sondern weit darunter.

Sollte es anders kommen, wird der Bürgermeister es den Bürgern, Bürgerinnen und Einwohnern der Stadt erklären müssen. Er steht da jetzt im Wort und ich hoffe sehr für dich lieber Peter (Bürgermeister der Stadt Rheine), dass es so kommt, wie Du es dir vorgestellt hast. Natürlich unterstützen wir dich bei der Schaffung der Voraussetzungen, aber wie gesagt, es gibt viele Unsicherheitsfaktoren. Gerade bei Bauvorhaben können Kosten schnell mal aus dem Ruder laufen. Denken Sie oder ihr an die Elbphilharmonie, den Berliner Flughafen oder das Landesarchiv NRW. Als kommunalen Bezug möchte ich den Umbau des alten Rathauses und die Fassade des neuen Rathauses nennen. Und Baumaßnahmen haben wir ja wirklich genug vor der Brust. Hoffen wir, dass bei uns alles glatt läuft.

Die Maßnahmen, dass wir aus den Überschüssen endlich wieder unsere Ausgleichsrücklage auffüllen und dieses Geld nicht für neue Aufgaben die nicht gegenfinanziert sind ausgeben, sind gut und richtig.

Von 2006 bis 2016 haben wir schließlich rund einhundert Millionen Euro Rücklagen verzehrt (die Eigenkapitalverluste zwischen der Eröffnungsbilanz 2006 und dem Jahresabschluss 2015 lagen sogar bei 105 Millionen Euro),

aber dennoch dürfen wir die Augen auch nicht davor verschließen, dass es auch negative Trends in Deutschland gibt. Wohnungslosigkeit, hohe Mieten, fehlender Wohnraum für sozial Schwache, die Schere zwischen Armen und Reichen wird immer größer, um nur einige zu nennen.

Die Zahl der Menschen, die im Kreis Steinfurt neben ihrer Rente auf Grundsicherung angewiesen sind, hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt (4782 Bezieher von Alters-Hartz 4 sprechen für sich).

Deshalb werden wir uns auch nicht ganz davor verschließen neue oder bestehende soziale Aufgaben der Kommune weiter zu fördern oder gar ganz zu verhindern, wenn diese uns plausibel erscheinen.

Dieser Trend zeigt ganz klar das Versagen unserer Bundesregierung unter der Kanzlerschaft Merkel auf.

Ein Versagen, das sich auch in den Klimazielen, bei der Wohnungsnot, beim Schutz unseres Trinkwassers sowie im Tierwohl manifestiert. Pflegenotstand, zu wenig Lehrer, Polizistenmangel und ein immer noch nicht abgeschaffter Solidaritätsbeitrag sprechen für sich.

Und auch eine Regierungsbildung scheint für sie mehr als schwierig zu sein. Machterhalt scheint im Moment die einzige Kraft zu sein, die Frau Merkel noch antreibt, gestützt von einer SPD-Führung die gerade dabei ist ihre eigenen Werte zu verraten.

Schade, dass hat Deutschland nicht verdient.

Wir werden uns zum Beispiel weiterhin dafür einsetzen, dass das Sozialticket erhalten bleibt. Hier kämpfen besonders unsere grünen Politiker auf Kreisebene für die Sache. Schön ist, dass sich die SPD vor Ort auf diese Unterstützung eingelassen hat.

Beim Abschaffen von Glyphosat im Stadtgebiet hat das ja nicht ganz funktioniert. Während die SPD im Bund dieses für das Insektensterben mitverantwortliche Gift, was außerdem im Verdacht steht Krebs zu verursachen, von deutschen Äckern verbannen will, hält die SPD in Rheine dies nicht für erforderlich.

Eine Aussage, wie sie Herr Roscher getroffen hat: "Man scheidet ja das meiste mit dem Urin aus" hat mich schon sehr erschrocken.

Auch das der Topf für die Pensionsrückstellungen endlich wieder aufgefüllt wird, ist eine gute Sache und generationengerecht. Da hat es für uns in der Vergangenheit einfach zu wenige

Möglichkeiten gegeben.

Jetzt machen wir es dem Land vor, wie es eigentlich gehen soll.

Allerdings benötigen wir ja noch viele Jahre bis dieser Topf so voll ist, wie er sein müsste und dann bei Bedingungen, wie sie jetzt vorliegen.

Dies zeigt uns, dass uns unsere Beamten nicht nur gut sind, sondern auch teuer. Das soll nicht negativ verstanden werden. Faire Bezahlung ist uns wichtig.

Dass die Bundesregierung so zögerlich bei den Mindestlöhnen ist, missfällt uns sehr. Wenn man den einfachen Dreisatz in der Mathematik beherrscht, dann sollte man herausfinden können, dass dieser Mindestlohn Altersarmut bedeutet.

Aber die Vergangenheit hat ja schon häufig gezeigt, dass man nicht unbedingt rechnen können muss, um ein Mandat im Bund oder Land zu erhalten.

Das sieht man an Herrn Karl Josef Laumann, der den Kommunen jetzt das Geschenk der Krankenhausinvestitionsumlage gemacht hat. Hier müssen die Kommunen die Musik bezahlen, die ein Anderer bestellt. Für Rheine bedeutet dies, dass wir 2018 jetzt 1.395.000 Tausend Euro bereitstellen müssen, inklusiv des Erhöhungsanteils für 2017.

Sonst zahlen wir schon jährlich immer die Summe von ca. 890.000 Euro.

Dieser angeblich erfahrene CDU-Politiker, der die jahrelange schlechte Finanzsituation der Städte im Kreis und Münsterland miterlebt hat, spritzt jetzt bildlich gesehen Glyphosat auf die keimenden Pflänzchen der kommunalen Haushaltserholungen.

Solche Geschenke brauchen wir nicht.

Aber auch beim Personal müssen wir genau hinschauen.

Nach dem Stellenabbau der letzten Jahre werden jetzt neue Stellen geschaffen. Da wundert sich der Bürger und die Politiker fangen an zu grübeln.

Letztendlich zahlt der Bürger jeder dieser Stellen.

Der Kämmerer und der Bürgermeister haben uns aber von der Notwendigkeit überzeugt und auch die Hinweise auf Refinanzierung, gesetzliche Vorgaben und dass zur Zeit ca.

rein rechnerisch 24,68 Vollzeitstellen, die im Haushaltsplan stehen, gerade nicht besetzt sind,

haben uns zur Unterstützung bewogen. Allerdings wollen wir einige kleine Änderungen. Den Antrag haben CDU und Grüne ja bereits in der letzten HFA-Sitzung am 17.12.17 eingereicht.

Auf Dauer gesehen sollte die Stadt aber darüber nachdenken, wie ein produktiveres

Personalmanagement mit ständiger Aufgabenkritik betrieben werden kann, und wenn es geht ohne eine neue Stelle zu schaffen.

Ein "Weiter so" kann es auf keinen Fall mehr geben.

Auch der Kreis Steinfurt schafft schon wieder 25 neue Stellen. 48 an der Zahl waren es 2017. Da wir bei den Ausgaben des Kreises ja bekanntlich mit zwanzig Prozent beteiligt sind, gehen rein rechnerisch ja schon 5 Stellen in 2018 auf unsere Rechnung. Gegenfinanzierungen durch Bund und Land nicht mit betrachtet.

Ein "Weiter so" darf es in den nächsten Jahren auch beim Kreis nicht geben. Das ist schlichtweg zu teuer.

Da gibt es aber noch ein Thema welches uns jedes Jahr auf ein Neues verärgert.

Die Kreisumlage.

Zwar senkt der Kreis den Hebesatz seiner angehörigen Kommunen um 3,0 %-Punkte. Das ist mehr als wir erwartet haben. Hier muss der Kreis auch mal gelobt werden.

Aber eigentlich ist dies nicht genug. Diese immer wiederkehrenden Transferleistungen verhindern positive Entwicklungen in den angehörigen Kommunen.

Hier sollte jeder kommunale kreisangehörige Kommunalpolitiker deutliche Signale an die politischen Vertreter seiner Farbe unseres Kreises senden.

Eine Frage für uns Grüne ist zum Beispiel, ob es denn sein muss, dass der Kreis Miteigentümer eines Flughafens ist. Auch da zahlen wir ja die 20 % mit. Dabei ist der Betrieb eines Flughafens keine kommunale Daseinsvorsorge.

Wären diese verbrauchten Mittel in den Nahverkehr geflossen, dann hätten wir im Kreis einen besseren Nahverkehr als die Stadt New York oder London und dazu günstiger für den Nutzer. Dann hätten wir weniger Kraftfahrzeuge auf der Straße und die vielen Parkhäuser wären wohl auch überflüssig.

Ich würde mir wünschen, dass es im Kreis Steinfurt so etwas wie einen Kreistagsbeschluss geben würde, der fordert "10 Millionen Reduzierung der Kreisumlage in 10 Jahren".

So etwas Ähnliches hat auch der Stadt Rheine gut getan.

Die Stadt Rheine hat viel vor und an vielen Stellen wird gearbeitet. Das auf dem Deckblatt des Haushaltsplanentwurfes keine arbeitenden Menschen zu sehen sind, gibt die Situation nicht richtig wieder.

Denken wir an das Großprojekt Eschendorfer Aue, an das Hertie-Gebäude, an die Neugestaltung des Marktplatzes, an Konrad, der Digitalisierung, an die gute Schule 2020 um nur einige Projekte zu nennen.

Hier wünschen wir unserer Stadt ein glückliches Händchen.

An dieser Stelle danke ich der Verwaltung für die gute Begleitung bei den Haushaltsplanberatungen und für die Versorgung mit dem Zahlenwerk.

Lieber Mathias (Kämmerer und erster Beigeordneter), lieber Peter, gebt bitte diesen Dank weiter.

Trotzdem, wo Licht ist, ist auch Schatten.

Wir sind sehr zufrieden mit der Arbeit der Menschen im Rathaus.

Wir wünschen uns aber vom Verwaltungsvorstand ein wenig mehr Effizienz bei der Abarbeitung der politischen Anträge. Das dauert uns teilweise zu lange.

Sicher würde es Sinn machen, wenn in jeder Ratsvorlage unter einem Tagesordnungspunkt die noch offenen Anträge der Politik mit Datum der Einbringung aufgeführt werden.

Das könnte den persönlichen Druck ein wenig erhöhen.

Ich bitte hier den Verwaltungsvorstand dieses zu diskutieren.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch bei den anderen Fraktionen im Rat der Stadt Rheine.

Wir haben zwar keine Einwirkungsmöglichkeiten auf politisch verblendete Machthaber wie Erdogan, Kim Jong Un oder Trump und sind auch nicht immer der gleichen Meinung. Auch die Wege zum Ziel werden unterschiedlich gewertet. Wir stehen aber alle fest zur Verfassung und zur sozialen Gerechtigkeit und streiten angemessen und auf Augenhöhe. Auch bin ich froh darüber, dass die AFD kein Bestandteil unseres Rates ist.

Ich hoffe die Bürger in Rheine lassen sich von deren ewig gestrigen Ansichten nicht verblenden und es wird so auch in Zukunft so bleiben.

Bleibt nur noch zu sagen:

Bündnis 90, Die Grünen, Fraktion im Rat der Stadt Rheine stimmen dem Haushaltsplan 2018 der Stadt Rheine zu.

Vielen Dank!

